

Bilanz der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen

Unsere Ziele

- Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist Friedenspolitik. Sie orientiert sich an den Leitlinien präventiver Vorsorge, umfassender Kooperation und dauerhafter Integration auf allen Gebieten der Sicherheitspolitik. Im Interesse der Glaubwürdigkeit dieses umfassenden Ansatzes kann auf militärische Mittel im Spektrum des sicherheitspolitischen Instrumentariums nicht verzichtet werden.
- Um die Bundeswehr auf die tatsächlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ausrichten zu können, ist eine umfassende Reform notwendig. Die Bundeswehr muss für Einsätze zu friedenschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen im Zusammenwirken mit unseren Partnern und im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen befähigt sein. Dies schließt Fähigkeiten zur Krisen- und Konfliktprevention, militärische Vorsorge zur Abwehr asymmetrischer Bedrohungen aber auch noch eine angemessene Grundvorsorge zur Landes- und Bündnisverteidigung ein.
- Hierzu ist die Anpassung von Organisation und Struktur der Bundeswehr an die neuen Anforderungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erforderlich.
- Zielgerichtete Investitionen in Menschen, Ausrüstung sowie in Wirtschaftlichkeit und Effizienz sind wieder in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Nicht mehr das Wünschbare steht im Mittelpunkt der Planungen, sondern das politisch Notwendige und finanziell Machbare.
- Dieser schwierige Prozess ist nur zu erreichen, wenn es gelingt die Menschen, die in der Bundeswehr dienen und arbeiten für den Reformkurs zu gewinnen. Deshalb sind Ungleichgewichte in Personalstruktur und Besoldung zu beseitigen; die Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive unvermindert fortzusetzen; die Attraktivität des Dienstes zu steigern; qualifizierter Nachwuchs zu gewinnen.
- Die Materialausstattung ist mit Schwerpunkt auf die tatsächlichen Aufgaben zu modernisieren. Aus Kostengründen sollten wo immer möglich Rüstungskooperationsmodelle angestrebt werden, bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut und moderne Managementformen genutzt werden.
- Während des Transformationsprozesses muss die Einsatzfähigkeit weiterhin sichergestellt bleiben. Den starken Belastungen unserer Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz muss dabei Rechnung getragen werden. Die Prinzipien der Inneren Führung sind weiterzuentwickeln.

Bilanz unserer Regierungsarbeit

- Die SPD-Bundestagsfraktion hat der Erneuerung und Transformation der Bundeswehr im Juni 2000 mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Mit dem Erlass der Verteidigungspolitischen Richtlinien im März 2003 wurden die Eckpunkte und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für die Transformation der Bundeswehr festgelegt. Auf dieser Grundlage wurde ein

neuer Kurs für neue Aufgaben begründet. Der Umbau erfolgt im Wesentlichen bis 2010.

- Die Bundeswehr wird insgesamt kleiner, aber moderner und leistungsfähiger. Sie wird zukünftig ca. 250.000 Soldatinnen und Soldaten, davon 35.000 Eingreifkräfte, 70.000 Stabilisierungskräfte und 137.500 Unterstützungskräfte umfassen.
- Die Erfahrungen bisheriger Friedenseinsätze, die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen und die internationalen Verpflichtungen erfordern eine Differenzierung der militärischen Kräfte und Fähigkeiten. Für friedenserzwingende Einsätze sowie zum Zweck der Bündnisverteidigung werden Eingreifkräfte gebildet, die auf hohem technischen Niveau schnell verlegbar und durchsetzungsfähig sind. Für friedenserhaltende Einsätze, die den Schwerpunkt bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr bilden, werden Stabilisierungskräfte zur Verfügung stehen, die sich auch gegen asymmetrische Bedrohungen behaupten können. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Friedenserhaltung und zum Schutz der Bevölkerung in der Einsatzregion und ermöglichen damit Friedensprozesse. Die Unterstützungskräfte werden die Einsatzfähigkeit der Eingreif- und Stabilisierungskräfte sicherstellen und gewährleisten den Grundbetrieb im Inland. Zwischen den Streitkräftekategorien besteht eine operative und personelle Durchlässigkeit. Eine umfassende Ausbildung und der Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten hat weiterhin höchste Priorität.
- Die angestrebten Obergrenzen für den Streitkräfteumfang und die vorgesehenen Fähigkeiten und Strukturen stehen in einem angemessenen Verhältnis zum politischen Auftrag der Bundeswehr, zu den eingegangenen internationalen Verpflichtungen und den zur Verfügung stehenden Ressourcen.
- Im zivilen Bereich wird es zukünftig 75.000 Stellen geben. Die für die Beschäftigten damit verbundenen Einschnitte in ihre persönliche Lebensplanung wurden durch tarifrechtliche Vereinbarungen und das Schaffen von Beschäftigungsalternativen gemildert. Der notwendige Personalabbau erfolgt sozialverträglich ohne betriebsbedingte Kündigungen. Auch eine attraktive Altersteilzeit (88 % des Nettoeinkommens) und kostenlose Weiterqualifizierungen wurde von uns durchgesetzt. Damit ist die Bundeswehr der sicherste Arbeitgeber in Deutschland, der auch seiner Fürsorgepflicht in vollem Umfang nachkommt.
- Die veränderten sicherheitspolitischen Aufgaben der Bundeswehr, die reduzierten Personalumfänge und die neuen Strukturen haben sich notwendigerweise auf die Standorte der Bundeswehr ausgewirkt. Es wurden Standortentscheidungen getroffen, die vor dem Hintergrund der Veränderungen nach militärischen und betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erfolgt sind. Die notwendigen Standortschließungen und -veränderungen werden bis 2010 umgesetzt.
- Querschnittsaufgaben der Führung, des Sanitätswesens, Aufklärung, Unterstützung und Ausbildung wurden in der neuen Streitkräftebasis zusammengefasst. Dies hat zur deutlichen Entlastung der Teilstreitkräfte geführt und höhere Effizienz geschaffen.
- Voraussetzung für hohe Leistungsbereitschaft und Motivation der Angehörigen der Bundeswehr ist ein attraktiver Arbeitsplatz. Die dafür notwendigen Attraktivitätsmaßnahmen und Qualifizierungsinitiativen sind beschlossen und

wurden umgesetzt. Die Beförderungssituation in den Streitkräften wurde deutlich verbessert. Das neue Laufbahnrecht hat zu mehr Chancengleichheit und mehr Transparenz geführt.

- Auch für die Frauen in der Bundeswehr haben wir mehr Chancen und Möglichkeiten geschaffen. Durch das Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsdurchsetzungsgesetz erfolgte für den Bereich der Bundeswehr die nötige Angleichung an die für den Öffentlichen Dienst bereits geltende Rechtsgrundlage.
- Unsere Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz haben Anspruch auf besondere Fürsorge des Staates. Sie müssen sich bei einem Unfall im Einsatzland auf eine gute Versorgung für sich und ihrer engsten Angehörigen verlassen können. Mit dem Einsatzversorgungsgesetz haben wir in diesem Sinne gehandelt und verschiedene Verbesserungen für die betroffenen Bundeswehrangehörigen durchgesetzt.
- Die Prinzipien der Inneren Führung haben sich auch bei der Armee im Auslandseinsatz bewährt. Das Berufsverständnis der Soldatinnen und Soldaten wurde auf der Basis des bewährten Leitbildes des Staatsbürgers in Uniform weiterentwickelt. Hierzu hat der von uns eingerichtete Unterausschuss "Weiterentwicklung der Inneren Führung" einen wichtigen Beitrag geleistet. So werden die militärischen Fähigkeiten, verbunden mit umfassender politischer Bildung, weiter ausgebaut. Zusätzliche Schlüsselqualifikationen im Bereich der Kommunikativfähigkeit und der sozialen Kompetenz werden gefördert. Sprachkenntnisse und Verhandlungsgeschick bei Krisen und Konfliktmanagement in multinationalen Strukturen wurden in die Ausbildung aufgenommen.
- Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Bei der Ausrüstung hat der persönliche Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten absolute Priorität. Sie werden mit allem Notwendigen ausgerüstet, was sie für ihre schwierige Aufgabe brauchen. Weiterhin wird die Ausrüstung der Bundeswehr Schritt für Schritt auf das neue Aufgabenprofil der Bundeswehr ausgerichtet. Veraltete und nicht mehr auftragsgerechte Waffensysteme werden abgeschafft. In die Ausrüstungsplanung werden nur noch Waffensysteme aufgenommen, die auch tatsächlich beschafft werden.
- Nur die nachhaltige Verbesserung von Betrieb und Beschaffung kann der Reform die dringend benötigten Mittel für die Modernisierung der Ausrüstung freisetzen. In diesem Prozess spielt die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb (G.E.B.B.) eine wichtige Rolle. Sie erwirtschaftet in ihren Geschäftsfeldern deutliche Gewinne. Einsparungen in Millionenhöhe wurden erreicht. Die G.E.B.B. ist ein Erfolgsmodell auf dem Gebiet des public-privat-partnership.

Fazit

- An der politisch und militärfachlich richtigen Entscheidung zur Transformation der Bundeswehr wird festgehalten. Der Reformprozess war notwendig und ist unumgänglich. Es sichert die Zukunftsfähigkeit der Streitkräfte in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld und als ein Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Die Reform wurde durch die Opposition nicht mehr prinzipiell kritisiert. Sie wird von unseren Partnern in der EU- und NATO voll anerkannt. Der eingeschlagene Weg garantiert auf Dauer modern und

auftragsgerecht ausgerüstete Streitkräfte. Er schafft Planungs- und Zukunftssicherheit für die Menschen in der Bundeswehr und deren Angehörige. Den von uns eingeschlagenen Reformweg werden wir in den nächsten Jahren unvermindert fortsetzen.

Position der anderen Parteien

- Bündnis 90/die Grünen

haben den Transformationsprozess gemeinsam mit uns gestaltet. Bei Umfang und Struktur streben sie allerdings eine Freiwilligenarmee aus Berufs- und Zeitsoldaten in einer Größenordnung von 200.000 Soldaten an. Damit können der politische Auftrag der Bundeswehr und die eingegangenen internationalen Verpflichtungen nicht erfüllt werden.

- CDU/CSU

trägt unsere Reform mittlerweile prinzipiell mit (ca. 285.000 Soldaten). Die Rechtslage soll aber dahingehend geändert werden, dass die Bundeswehr auch präventiv im Inneren eingesetzt werden kann. Sie will die grundlegende Trennung von Äußerer und Innerer Sicherheit weitgehend aufheben. Die von der Union angestrebte Änderung zielt auf zusätzliche Befugnisse und zusätzliche Belastungen für die Bundeswehr durch das grundsätzliche Heranziehen auch von Wehrpflichtigen zum Objektschutz. Dies würde bedeuten, dass die Bundeswehr für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Bereich des öffentlichen Lebens zuständig würde. Soldatinnen und Soldaten würden de facto zum Lückenbüßer von Landes- und Bundespolizei. Dies ist mit sozialdemokratischer Politik unvereinbar.

Die Union fordert eine Anschubfinanzierung ohne eine Gegenfinanzierung aufzuzeigen.

- FDP

ist für eine Freiwilligenarmee von 240.000 Soldaten bei Aussetzung der Wehrpflicht. Eine derartige Armee wäre deutlich teurer.

- PDS

forderte 2002 eine Berufsarmee von 100.000 Soldaten zur ausschließlichen Landesverteidigung. Dies ist sicherheitspolitisch unseriös und würde eine internationale Isolation bedeuten.